

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Studienbeschränkung im Studienfach Humanmedizin

Gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass die derzeit bestehende Zugangsbeschränkung im Studienfach Humanmedizin deutlich abgebaut wird und dafür Sorge zu tragen, dass hierzu die Anzahl der Studienplätze an den Universitätsstandorten Linz, Graz, Wien und Innsbruck um zumindest 20 Prozent erhöht wird.

Begründung

Seit dem Jahr 2006 gibt es Studienplatzbeschränkungen im Fach Humanmedizin. Für das Jahr 2014 stehen den 12.600 Bewerbern nur 1.560 Studienplätze zur Verfügung. Die Studienanfängeranzahl sank von 3.205 Personen im Jahr 2005 auf 997 im Jahr 2006 und erhöhte sich bis heute auf lediglich 1.560. Die erst seit wenigen Jahren gültige Beschränkung zeigt nun bereits dramatische Auswirkungen. Vor allem können durch die einsetzende Pensionierungswelle bei Ärztinnen und Ärzten die frei werdenden Stellen in vielen Fällen nicht mehr besetzt werden. Unabhängig davon, ob es sich um Allgemeinmediziner oder Fachärzte im niedergelassenen Bereich des ländlichen Raums handelt oder um Stellen an Oberösterreichs Spitälern. In den Spitälern im Bundesland sind derzeit etwa 130 Arztstellen unbesetzt, ein Mangel, der durch Überstunden und Mehrarbeit des vorhandenen medizinischen Personals kompensiert werden muss. Vorrangig handelt es sich dabei um Turnus- und Assistenzarztstellen. Wenn der Ärztenachwuchs nicht ausgebildet werden kann, werden in wenigen Jahren die gut ausgebildeten Fach- und Oberärzte fehlen, die die flächendeckende hohe Qualität der medizinischen Versorgung in unserem Bundesland gewährleisten.

Neben der Pensionierungswelle gibt es noch weitere Veränderungen, die den Bedarf an Ärztinnen und Ärzten verstärken: Die Entwicklung des medizinischen Fortschritts, die

Spezialisierung der Medizin, die demographische Entwicklung, der Wunsch nach besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Umsetzung der EU Arbeitszeitrichtlinie, die Feminisierung des Ärzteberufes oder der Ärztemangel in weiten Teilen Europas und die damit verbundenen Abwanderungstendenzen ins Ausland.

Den unterzeichneten Abgeordneten erscheint die bestehende restriktive Zugangsbeschränkung als kontraproduktiv, sie sprechen sich daher für eine deutliche Erhöhung der Studienplätze einhergehend auch mit der Sicherstellung von klinischen Ausbildungsplätzen und verbesserten Ausbildungsbedingungen aus, damit den Erfordernissen im medizinischen Bereich entsprochen werden kann.

Linz, am 10. Juni 2014

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Aichinger, Frauscher, Weinberger, Priglinger, Csar, Schillhuber, Langer-Weninger, Gattringer, Astleitner, Tausch, Hingsamer, Peinsteiner, Alber, Höckner, Stanek

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Wageneder, Schwarz, Buchmayr

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Röper-Kelmayr, Bauer, Weichsler-Hauer, Müllner, Peutlberger-Naderer, Makor, Affenzeller, Eidenberger, Promberger, Pilsner, Schaller, Rippl